Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 1

Artikel: Europa als wirtschaftliche Aufgabe
Autor: Röpke, Wilhelm
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160530

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

36. Jahr April 1956 Heft 1

EUROPA ALS WIRTSCHAFTLICHE AUFGABE

VON WILHELM RÖPKE

Europäische Standortsbestimmung in Politik und Wirtschaft

Die hier folgenden Bemerkungen und Betrachtungen, die einem der wichtigsten und auch schwierigsten Probleme der politisch-wirtschaftlichen Neugestaltung unserer Zeit gelten, können nicht den Ehrgeiz haben, ein einigermaßen abgerundetes Bild der Vorstellungen zu geben, wie sie einem sich der europäischen Überlieferung verpflichtet fühlenden Nationalökonomen vernünftig erscheinen. Da ich mich um eine solche Gesamtdarstellung zuletzt in meinem Buche «Internationale Ordnung — heute» bemüht habe, kann es sich hier nur darum handeln, daran diejenigen Ergänzungen und Präzisierungen anzubringen, die mir der öffentlichen Mitteilung wert erscheinen, und der fortlaufenden und äußerst regen Diskussion Rechnung zu tragen.

Der beste Ausgangspunkt hierfür scheint mir die Anknüpfung an eine wertvolle und anregende Schrift zu sein, die in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat und diese um so mehr verdient, als sie als ein spezifisch schweizerischer Beitrag zur Europa-Diskussion gelten darf. Das Buch von *Hans Bachmann, Europäische Standortsbestimmung in Politik und Wirtschaft* (Zürich 1955), das ich meine, scheint mir in der Tat eine Sonderstellung in der ebenso ausgedehnten wie wortreichen Literatur über den Zusammenschluß Europas zu verdienen, am meisten durch die kluge und von einer untadeligen Gesinnung getragenen Verbindung eines grundsätzlichen und warmherzigen Ja zur europäischen Integration mit nüchterner und keineswegs unkritischer Abwägung im einzelnen.

Wenn es mir nun zweckmäßig erscheint, von dieser Schrift auszugehen, so aus dem doppelten Grunde, daß ich einerseits die dort vorgenommene «Europäische Standortsbestimmung» für zutreffend halte, aber anderseits insoweit ernste Bedenken nicht unterdrücken kann, als es sich um die *Wege* der *wirtschaftlichen* Integration han-

delt. Wenn mein St. Galler Kollege in klarer und kenntnisreicher Führung der Gedankenlinien die Stellung Europas in der heutigen Welt, vor allem gegenüber der Drohung aus dem Osten, bestimmt und daraus die Pflicht der europäischen Länder ableitet, sich, unter Wahrung der in der christlich-humanistischen Überlieferung liegenden Eigenart unserer Zivilisation, sowohl im Dienste der Selbstbehauptung wie in solidarischer Verbundenheit mit der transatlantischen Welt in freier Kooperation zusammenzuschließen, wenn er diese Pflicht vor allem mit den heutigen Weltverhältnissen begründet, wenn er uns mahnt, «die Völker der Randstaaten vom Baltikum bis zum Balkan, einschließlich Ostdeutschlands ... als Brüdervölker zu unterstützen und zu stärken», wenn er betont, daß man an die Fragen, die aus der fragwürdigen «Koexistenz» erwachsen, «überhaupt nur aus dem Willen und der Bereitschaft zur bedingungslosen Selbstbehauptung heraus herantreten darf», wenn er auch im Wirtschaftsverkehr Europas mit dem kommunistischen Imperium eine international organisierte Koordinierung für dringend hält, wenn er dem Gedanken der über Europa hinausweisenden, aber zugleich doch auch den engeren Zusammenschluß Europas voraussetzenden atlantischen Staatengemeinschaft die wärmsten Worte widmet — ich wüßte in der Tat nicht, wie man hier als auch in anderen entscheidenden Dingen anderer Meinung sein könnte. Und nicht nur das — wir haben dem Verfasser auch sehr dankbar zu sein, daß er das alles so klar und mit deutlicher Spitze gegen allen, leider auch in Europa üppig wuchernden «Nehruismus» ausspricht.

Nur behutsam und mit äußerster Schonung dieser uns gemeinsamen und zugleich entscheidenden Überzeugungen gehe ich daher auch daran, einigen Folgerungen zu widersprechen, die Bachmann aus ihnen für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas ableitet. Ich ziehe es daher auch vor, nicht offen gegen ihn zu polemisieren, sondern selbständig einige Gedanken zu entwickeln und es dem Verfasser wie seinen — hoffentlich recht zahlreichen — Lesern zu überlassen, den Grad der Abweichung zwischen uns zu bestimmen.

Das Dilemma der europäischen Wirtschaftsintegration

Wir sind von der äußersten Dringlichkeit der Aufgabe überzeugt, alle Kräfte unseres Kontinents, soweit er noch nicht unter der kommunistischen Lawine begraben ist, im Bewußtsein des zu verteidigenden Erbes zusammenzufassen, damit Europa — heute das wahre Aschenbrödel der Vereinten Nationen — das zukommende Gewicht in der Weltpolitik zurückgewinne und unsere Wohlstandskraft so entfesselt werde, daß Europa nicht fernerhin eines der herausfor-

derndsten Beispiele des Erdballs für die Fesselung der Wohlstandskraft durch die Enge der nationalen Grenzen bleibt. Aber zugleich sollten wir doch sagen, daß all das, wenn wir Europa treu bleiben wollen, in einer spezifischen Weise zu geschehen hat, nämlich so, daß das, was Europa wesentlich ist, bewahrt bleibt: die Einheit in der Verschiedenheit, die Freiheit in der Verbundenheit, die Buntheit der Verhältnisse.

Von Strabo, der Europa als «vielgestaltet» (*πολυσχήμων*) bezeichnet, über Montesquieu, der von Europa als einer «nation de nations» spricht, bis zu Christopher Dawson, der in seiner (übrigens vorzüglichen) Schrift «Understanding Europe» den Charakter Europas als einer «society of peoples» hervorhebt, ist inmitten aller sonstigen Abweichungen in der Definition Europas über diesen entscheidenden Punkt immer Übereinstimmung gewesen. Wenn wir daher versuchen wollten, Europa zentralistisch zu organisieren, einer planwirtschaftlichen Bürokratie zu unterwerfen und gleichzeitig zu einem mehr oder weniger geschlossenen Block zu schmieden, so ist die Gefahr mit Händen zu greifen, daß wir das europäische Patrimonium verraten und gerade das zerstören, was wir verteidigen wollen und was Europa uns selber liebenswert wie der ganzen freien Welt unersetzlich macht.

Man sollte daher nicht mehr darüber zu debattieren brauchen, daß es eine bestimmte Methode der europäischen Wirtschaftsintegration gibt, die sich als «uneuropäisch», weil «unliberal» im weitesten Sinne europäischen Freiheitsdenkens, verbietet. Ein kontinentaler Wirtschaftsnationalismus und Wirtschaftsdirigismus ist kein Fortschritt gegenüber einem nationalen Wirtschaftsnationalismus und Wirtschaftsdirigismus, ja in vielen Hinsichten weit schlimmer, weil sich im Falle der Ausdehnung auf einen ganzen Kontinent diese Tendenzen weit ungehemmter auswirken können. Wenn darüber Einmütigkeit besteht (und auch darüber, daß dieser planwirtschaftlich-autarkistische Weg der europäischen Wirtschaftsintegration wahrscheinlich ohnehin an den mangelnden politisch-geistigen Voraussetzungen Europas scheitern wird, sofern die Europäische Union nicht als eine «shot-gun marriage» zustandekommen soll), so sollte darin doch zugleich die Richtung erkannt werden, in der auch nur zu marschieren nicht angezeigt ist. Darüber habe ich mich in meinem erwähnten Buche wie bei anderen Gelegenheiten so oft und, wie ich hoffe, so deutlich geäußert, daß ich mich von weiteren Erläuterungen bei dieser Gelegenheit entbunden fühlen darf.

Aber was ich heute deutlicher als früher sagen sollte, ist dies, daß hier ein Dilemma zu schaffen macht. Denn auch der Weg, den der reine Liberale zu weisen geneigt sein möchte, ist ein solcher, der kaum gangbar ist oder doch zum mindesten bisher nicht gang-

bar gewesen ist. Er hat zwar die Logik auf seiner Seite, wenn er sagt, daß das, was wir heute europäische Wirtschaftsintegration nennen, im Grunde eine Reintegration ist, d. h. die Heilung einer Desintegration, die eine früher tatsächlich vorhandene Integration dadurch zerstört hat, daß eine dem kollektivistisch-inflationären Kurs der nationalen Regierungen entsprungene kollektivistisch-quantitative Handels- und Währungspolitik auf die frühere Schicht der relativen Austauschhemmnisse (durch Schutzzölle mäßigen Charakters) eine zweite Schicht absoluter Handelshemmnisse gesetzt hat. Die Aufgabe, so lautet die weitere Argumentation des Liberalen, wäre also im wesentlichen gelöst, wenn wenigstens diese zweite Schicht abgetragen und mit der Abschaffung der quantitativen (planwirtschaftlichen) Handelskontrollen auch die freie Konvertibilität der Währungen wiederhergestellt würde. Wir hätten Grund, dem Himmel auf den Knien zu danken, wenn uns wenigstens diese bescheidene Aufgabe gelänge, und was dann noch zu tun übrig bliebe, wäre, verglichen mit den anderen ungeheuren Problemen unserer Zeit, keine Sorge allerersten Ranges mehr. Mäßige Schutzzölle, so muß ein grundsätzlich dem Freihandel ergebener Liberaler freimütig einräumen, würden dann so wenig wie in der Vergangenheit mehr als ein bloßer Abstrich am sonst möglichen, aber vielleicht nicht einmal wünschenswerten Maximum der europäischen Wirtschaftsintegration sein, sie jedoch nicht im Kerne treffen wie Devisenzwangswirtschaft, Einfuhrkontingente und sonstige Maßnahmen quantitativ-planwirtschaftlicher Art.

Ich glaube, daß unser Liberaler soweit im Recht ist. Durchaus überzeugend ist daher auch seine Folgerung, daß die europäische Wirtschaftsintegration «zu Hause beginnt», d. h. von der Revision der nationalen Maßnahmen zu erwarten ist, welche die Desintegration der letzten Jahrzehnte verschuldet haben. Er kann sich auch nicht zu Unrecht darauf berufen, daß der bemerkenswerte Fortschritt, der während der letzten Jahre in der Reintegration der europäischen Volkswirtschaften erzielt worden ist, die Abkehr der nationalen Regierungen vom planwirtschaftlich-inflationären Kurse zur notwendigen Voraussetzung gehabt hat. Aber war es zugleich die ausreichende Voraussetzung?

Diese Frage deutet auf das Dilemma einer liberalen Politik der europäischen Wirtschaftsintegration. Denn so einleuchtend die angeführten liberalen Thesen auch sind, so ist es doch klar, daß eine selbst dem bescheideneren Ziele der Reintegration dienende Politik mit der *Realität der außerordentlichen Widerstände und Schwierigkeiten* rechnen mußte, die sich daraus ergeben, daß man nun einmal seit zwei Jahrzehnten diesen Weg einer desintegrierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik gegangen war, und zwar mit Überzeu-

gungen und Ideologien, die sich als ebenso zählebig wie die damit verknüpften Interessen erweisen mußten. Soweit der liberale Standpunkt das übersah, war er in der Tat doktrinär-utopisch. Man mußte erkennen, daß es mit den Ermahnungen und Appellen an die einzelnen nationalen Regierungen und ihre Wähler nicht getan war. Übernationale Abmachungen und Institutionen waren notwendig, um einen sonst überaus langsamen oder vielleicht sogar aussichtslosen Prozeß der Aufweichung des kollektivistisch-inflationären Nationalismus in Gang zu bringen und zu beschleunigen und dabei ein Mindestmaß an internationaler Abstimmung zu sichern.

Das aber hieß zugleich etwas anderes. War es klar, daß ohne eine *internationale Apparatur der Kooperation und Koordination* schwerlich auszukommen war, so entstand sofort die Frage, ob damit nicht zugleich die Beschränkung auf ein bestimmtes Gebiet, in diesem Falle Westeuropa, notwendigerweise gegeben war. Dem liberalen Prinzip der Weltwirtschaft widerstrebt ein solcher Regionalismus mit seinen Blockbildungen und Präferenzsystemen. Besser entspricht ihm jene universalistische Lösung der Reintegration der internationalen Wirtschaft, wie sie von der internationalen Handelscharter angestrebt wurde. Aber gerade das — auch durch das kräftige Fortleben des bescheideneren GATT nicht zu verschleiernde — Scheitern dieses universalistischen Lösungsversuchs mit seiner geradezu im Absurden endenden Verwässerung des weltwirtschaftlichen Codex, wie sie in der Entwurf gebliebenen Havana Charter zum Ausdruck kam, hatte bewiesen, daß nur die Regionalmethode praktischen Erfolg versprechen konnte. Das war dann der Weg, der in Europa mit dem Marshallplan und seinen Schöpfungen beschritten wurde.

Die Lösung des Dilemmas

Das Dilemma der europäischen Wirtschaftsintegration, wie es sich unter grundsätzlich liberalem Blickwinkel stellt, ist damit klar. Auf der einen Seite ist, bei grundsätzlichem Festhalten an der Natur der Aufgabe als einer Revision der kollektivistisch-inflationären Richtung der Politik der europäischen Einzelstaaten, der Folgerung nicht auszuweichen, daß dabei ein Apparat der internationalen Koordination und damit die Zuflucht zur Regionalmethode schwerlich zu entbehren gewesen sind und auch weiterhin nicht überflüssig erscheinen. Heißt das aber nicht auf der anderen Seite, daß damit das ganze Programm der europäischen Wirtschaftsintegration, so wie es bisher verwirklicht worden ist oder weiterer Verwirklichung harrt, konzediert wird? Ist damit der liberale, marktwirtschaftliche Standpunkt nicht eigentlich preisgegeben?

Hier scheint es mir nun von Wichtigkeit, eine *Unterscheidung* vorzunehmen und damit einer Verwirrung vorzubeugen, die manches Unheil anrichten dürfte. Wenn wir die Vorzüge der Regionallösung anerkennen und damit den Kern der seit 1945 unternommenen Bemühungen um die «europäische Wirtschaftsintegration» durchaus bejahen, so heißt das nicht mehr, als daß wir uns zu der Notwendigkeit bekennen, Europa mindestens in einer *Zwischenetappe* zu einem *handels- und währungspolitischen Präferenzsystem* zu machen. Das ist es, nüchtern betrachtet, was geschehen ist und wenigstens vorderhand nicht preisgegeben werden kann, und dieses Präferenzsystem hat auch für die übrige Welt den Vorteil gehabt, daß so eine Auflockerung des Wirtschaftsnationalismus erzielt worden ist, die sonst nicht oder doch nur sehr viel langsamer und ungleichmäßiger zu erreichen gewesen wäre. Aber es kommt nun eben sehr viel darauf an, welcher Methoden man sich für diese Regionallösung des Integrationsproblems bedient. Hier ist eine doppelte Wahl zu treffen: einerseits zwischen marktwirtschaftlich-konformen und planwirtschaftlich-nichtkonformen und anderseits zwischen offenen und geschlossenen Methoden der europäischen Integration. Beide Gruppen sind in der bisherigen Politik der europäischen Wirtschaftsintegration nebeneinander zur Anwendung gebracht worden, und beide Gegensatzpaare decken sich charakteristischerweise in ihrer praktischen Wirkung. Während das erstgenannte Paar allgemein verstanden werden wird, bedarf das zweite einer kurzen Erläuterung.

Mit der Gegenüberstellung der offenen und geschlossenen Methoden der Integration ist gemeint, daß es einen entscheidenden Unterschied ausmacht, ob es sich um Maßnahmen handelt, die aus Europa einen *geschlossenen Block* machen, oder um andere, die das anstreben, was man die *Kernlösung* nennen kann, d. h. eine zwar in Europa beginnende, aber eine Überführung in eine universale, weltwirtschaftliche Integration nicht ausschließende regionale Koordination. Diese Unterscheidung wird ganz deutlich, wenn wir die OEEC samt ihrer Schöpfung der EZU der Montanunion gegenüberstellen. Sowohl im Falle der OEEC mit ihrer Politik der europäischen Koordination und des gemeinsamen Abbaus der quantitativen Handelsbeschränkungen («Liberalisierung») wie im Falle der Europäischen Zahlungsunion handelt es sich ja um Maßnahmen, die den Weg vom Präferenzsystem in ein allgemeines, nicht diskriminierendes System durchaus offen lassen. Nachdem die Liberalisierung zwischen den europäischen Ländern weit vorangetrieben worden ist, steht ihrer schrittweisen Ausdehnung auf den Dollarraum nichts im Wege, und tatsächlich ist sie seit längerem im Gange. Ebenso liegt in der Konstruktion der EZU nichts, was sie hindern könnte, schrittweise — nämlich durch die fortschreitende Erhöhung

der in Gold abzuführenden Schuldsalden — in ein System der allgemeinen freien Konvertibilität übergeführt zu werden. In beiden Fällen hat man mit einem Kern von Ländern begonnen, aber man hat damit keinen festen Block geschaffen, der notwendigerweise geschlossen bleiben müßte, sondern die Möglichkeit reserviert, die regionale Liberalisierung, Konvertibilisierung und Multilateralisierung in eine universale zu verwandeln, in den Dosen und in dem Tempo, die man für wünschbar hält. Es ist offensichtlich, daß es sich zugleich um Maßnahmen handelt, die nicht nur potentiell offen, sondern zugleich liberale sind und der internationalen Marktwirtschaft das Feld ebnen.

Im Gegensatz zu dieser Kernlösung steht die *Blocklösung,* deren praktisches Beispiel die *Montanunion* ist. Sie läßt zwar theoretisch die Tür für den Beitritt weiterer Länder offen, aber erstens ist es klar, daß die Zahl der für den Beitritt in Betracht kommenden Länder von vornherein eng durch den Bereich begrenzt ist, auf den das der Montanunion zugrunde liegende Prinzip einer supranationalen Souveränität in Europa günstigstenfalls auszudehnen ist, und zweitens ist zu beachten, daß, je mehr durch die Montanunion für den Sektor ihrer Industrien ein kompakter Industriekörper mit seiner außerordentlichen Kompliziertheit geschmiedet wird, d. h. je mehr sich dieser Industriekörper differenziert und integriert, um so mehr eine Erweiterung mit ihren Neuanpassungen als eine unbequeme Störung empfunden wird. Für den Unterschied zwischen Kern- und Blockprinzip ist es überaus bezeichnend, daß die dem ersteren folgende OEEC den ohnehin auf ein «Resteuropa» zusammengeschmolzenen Kontinent mit ihren 17 Mitgliedstaaten umfaßt, während sich die dem zweiten Prinzip huldigende Montanunion von vornherein auf einen Rest dieses Restes, nämlich auf 6 Staaten, hat beschränken müssen, weil der Bereich dieses internationalen Dirigismus nicht weiter zu ziehen war. Aber es ist auch nicht zu erkennen, wie sie über diesen Block hinauswachsen könnte.

Singularität und Grenzen der Montanunion

Man darf sich den Blick für diese Dinge nicht dadurch trüben lassen, daß zugunsten der Montanunion ihre politische Funktion einer deutsch-französischen Klammer entscheidend ins Gewicht fällt, noch durch den weiteren Umstand, daß im Bereiche der Schwerindustrien schwierige Sonderprobleme zu lösen sind. Diese Luxemburger Institution steht ja keineswegs mehr zur Diskussion, denn niemand denkt im Ernst daran, sie mit wirklichen Mordgedanken anzugreifen. Worum es heute allein geht, ist vielmehr zweierlei: erstens, ob die

hier angewendete Integrationsmethode auf diesen singulären Fall der Schwerindustrien beschränkt werden soll oder Nachahmung auf anderen Gebieten verdient, und zweitens, ob nicht Anlaß besteht, den Singularfall der Montanunion vor Abwegen zu bewahren [1]).

Schon die bisherigen Betrachtungen legen den Schluß nahe, daß das Blockprinzip der europäischen Integration auf die Montanunion als einen singulären Fall beschränkt bleiben und hier so weit wie möglich gemildert werden sollte. Die Kernlösung der OEEC verdient vor der Blocklösung unter allen Umständen den Vorzug, und sie ist es ja, der wir — auf der erwähnten Grundlage der Kursänderung der nationalen Wirtschaftspolitik in Europa — im wesentlichen die bisherigen Erfolge der europäischen Wirtschaftsintegration verdanken. Wenn sich heute herausstellt, daß auf bestimmten weiteren Gebieten (im Verkehrswesen, in der industriellen Verwertung der Atomenergie und in anderen Fällen, in denen wir uns ja auch auf nationaler Ebene nicht auf die unkoordinierte Privatinitiative verlassen) internationale Organisationen geschaffen werden sollten, die ein Element europäischer Gesamtplanung enthalten und darin der Montanunion ähneln, so wären das Konzessionen, die an der Gesamtentscheidung zugunsten der Kernlösung nichts ändern. Außerdem wäre es selbst in diesen Fällen empfehlenswert, die OEEC statt der Montanunion zum Träger solcher Aktionen zu machen.

Es verbietet sich bei der vorliegenden Gelegenheit, die Probleme der Montanunion in ihrer ganzen Breite aufzurollen. Aber nachdem ihre Nachteile als einer Blocklösung mit der damit verbundenen planwirtschaftlich-abschließenden Tendenz hervorgehoben worden sind, ist doch wenigstens dies eine hinzuzufügen, daß es gegen die Logik verstößt, wenn man sich vorstellen wollte, daß diese — mit so ernsten Nachteilen verknüpfte — Teilintegration nur verallgemeinert zu werden brauchte, damit die Gesamtintegration Europas entstehe. Diese bedeutet ja nichts anderes als die Beseitigung der tief im mangelnden Gleichgewicht der europäischen Volkswirtschaften wurzelnden Desintegration. Solange ihre Ursachen nicht beseitigt sind, läuft die Politik der Montanunion, die der totalen Liberalisierung eines einzelnen Industriebereichs gleichkommt, auf eine Politik des Als-Ob hinaus, die mit um so größeren Spannungen in anderen Sektoren erkauft werden muß. Je mehr Sektoren man in eine solche Politik einbezieht, um so mehr müssen sich die Spannungen der Zahlungsbilanz auf den Restbereich zusammendrängen und sehr bald

---

[1]) Was diese Abwege betrifft, so sind sie vor allem in den hartnäckigen Versuchen einer internationalen Investitionslenkung durch die Hohe Behörde zu suchen. Darüber habe ich mich ausführlich in meiner Studie «Europäische Investitionsplanung. Das Beispiel der Montanunion» (Ordo-Jahrbuch, 1955, S. 71—102) geäußert.

die ganze Methode ad absurdum führen. Werden aber die eigentlichen Ursachen der Desintegration beseitigt, so brauchen wir keine Pools und Hohen Behörden mehr. Mit anderen Worten: die europäische Wirtschaftsintegration ist eine Frage der Gesamtstörung des Wirtschaftsprozesses, die nicht mit der Beseitigung ihrer *Wirkungen* in einem einzelnen Sektor zu beheben oder auch nur zu mildern ist. Damit aber wird auch zugleich die Konzeption des durch diese Methode angestrebten «gemeinsamen Marktes» fragwürdig, ganz abgesehen von der Gefahr, daß dieser «gemeinsame Markt» kein «freier Markt» ist und sich eher als ein «gemeinsames Kommando» entpuppt. Dagegen sollten wir uns zur Wehr setzen — als gute Europäer.

DIE PLANUNG DER VERTEIDIGUNG DES WESTENS

VON B. H. LIDDELL HART

Sowohl bei den höchsten militärischen Stellen als auch in den höchsten Regierungskreisen erfolgt die Anpassung an die Wirklichkeit des Atomzeitalters bedrückend langsam. Anderseits kann man die für diese Planung Verantwortlichen sehr wohl verstehen, wenn sie sich bemühen, die militärischen Lehren den mehr als revolutionären Wirkungen der Atomenergie anzupassen. Es ist für den menschlichen Verstand und die Vorstellungskraft sehr schwierig, den Abgrund zwischen der Kriegführung der Vergangenheit und jener mit Atomwaffen zu überbrücken. Bomben, Geschosse und Granaten können zu Hunderten oder Tausenden verwendet werden, und Wasserstoffbomben haben einzeln die Wirkung von Millionen Tonnen höchstexplosiver Sprengstoffe. Was dies alles heißt, kann vielleicht besser erfaßt werden, wenn wir uns die furchtbare Wirkung der über Hiroshima abgeworfenen ursprünglichen Atombombe in Erinnerung rufen, deren Zerstörungskraft jedoch bloß derjenigen von zwanzigtausend Tonnen hochexplosiven Sprengstoffs gleichkam.

Bei einer sachlichen Berechnung der heutigen Waffenwirkung wird es nur allzuklar, daß die gegenwärtige Planung der Verteidi-